

DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Oktober 10/2001

Wichtig!!! Die Landesmitgliederkonferenz ist auf den 27. Oktober, 15:00 Uhr, verschoben

Trauer und Solidarität mit den Opfern und deren Angehörigen

Politiker sollen sich nicht von archaischen Rachegefühlen leiten lassen. Am 11. September sind die USA von den schwersten Terroranschlägen in ihrer Geschichte erschüttert worden - mit wahrscheinlich mehreren tausend Toten und Verletzten. Für den BundessprecherInnenkreis der VVN-BdA erklärt dazu Werner Pfennig:

Unsere Trauer, unser Mitgefühl und unsere Solidarität gehören den Opfern und ihren Angehörigen. Es gibt kein politisches Ziel, das solch apokalyptischen Terror rechtfertigt. Unsere Absage gilt jedem Terrorismus, egal, wer ihn ausübt. Die Täter müssen gefunden und bestraft werden. Es ist jetzt viel von Kriegserklärung und Vergeltung die Rede.

Einige Politiker machen verantwortungslos aus dem terroristischen Verbrechen in den USA einen internationalen Kriegsfall. Auch deutsche Politiker befürworten militärische Antworten. Die NATO sieht sich in militärischer Beistandspflicht. Die Bundesregierung hat dem zugestimmt. Der Verteidigungsminister möchte die Trennung von Bundeswehr und Polizei aufheben. Die Rüstungsschraube soll weiter nach oben gedreht werden. Wir hoffen und wünschen hingegen, dass sich Vernunft durchsetzen wird und diese schrecklichen Terroranschläge in der Tat Anlass für neue Überlegungen sind, nämlich die, dass Krieg kein Mittel der Politik sein kann, sondern die Kriegsursachen aufgearbeitet und z.B. Hunger und Armut in der Welt bekämpft und die Völkerrechte eingehalten werden.

Die Spirale der Gewalt muss gestoppt werden! Wir appellieren an alle Verantwortlichen in den USA, der NATO und auch in der Bundesregierung, sich nicht von archaischen Mustern und Gefühlen wie Rache und Vergeltung leiten zu lassen. Es muss Schluss sein mit Tod und Leiden Unschuldiger! Das Zerbomben fremder Länder und Städte wird keinen Frieden und keinen Schutz vor Terrorismus bringen, sondern neue Opfer und Gewalt erzeugen. Insgesamt gibt es einen Imperativ des Atomzeitalters, und der lautet: "Es darf kein Krieg mehr sein!"

Und als Bremer fordern wir "unsere" MdBs auf, eine deutsche Beteiligung an Vergeltungsschlägen der NATO abzulehnen. "Keine Gewalt - kein Terror - keine Opfer", schrieben die SchülerInnen eines Bremer Schulzentrums auf ihr Transparent. Im krassen Gegensatz dazu forderte Bremens Innensenator Dr. Kuno Böse (CDU) "Lehren" aus den Terroranschlägen zu ziehen:

Nicht mehr Lehrer, sondern mehr Polizisten und Verfassungsschützer müssten eingestellt werden. Der promovierte Historiker hat nichts, aber auch gar nichts begriffen. Weder FBI noch CIA, angeblich mit die bestinformiertesten und ausgerüsteten Geheimdienstler, ahnten etwas von den Anschlägen. Da soll gerade das Aufgerüsteten des Verfassungsschutzes Sinn machen.

Wie gut, dass Böse noch nicht den Einsatz der Bundeswehr im Inneren fordert, wie sein bayerische Amtskollege Beckstein.

Der Landesvorstand

Ausstellung: "Willi Sitte - 80 Jahre"

Natürlich ist der unmittelbare Anlass für die kleine, aber instruktive, Bremer Sitte-Ausstellung das blamable (für wen blamable?) Verbot der großen Sitte-Ausstellung im Germanischen National-Museum in Nürnberg. Sicher können und wollen wir dieser Leitkultur mit der Bremen Ausstellung kein Paroli bieten, aber wir möchten mit ihr nicht nur dem Publikum Gelegenheit geben, Sitte im Original zu sehen, sondern auch ein Zeichen dafür zu setzen, dass nicht jede obrigkeitliche Entscheidung unwidersprochen bleiben kann. Willi Sitte ist ein "homo politicus". Ihm wurden in der ehemaligen DDR Purpurmäntel noch und nöcher übergeworfen, bis von ihm kaum noch etwas wahrzunehmen war.

In der Ausstellung "Willi Sitte - 80 Jahre", die vom **21. Oktober bis zum 30. November** diesen Jahres in der Villa Ichon läuft, kann er neu entdeckt werden.

Klaus Hübotter

Internationaler Gedenktag

Etwa hundert Bremer und polnische Bürger nahmen an dem internationalen Gedenken auf dem Osterholzer Friedhof am 09. September 2001 in Bremen teil. Willy Hundertmark, Ehrenvorsitzender der VVN-BdA, wies auf die Plötzenseer Blutnächte 1943 hin, bei der 360 politische Häftlinge umgebracht wurden.

Hartmut Drewes, Pastor i. R., wies in seiner Rede auf gegenwärtige Tendenzen hin, die zu einer Militarisierung der Gesellschaft, zu einer Verarmung breiter Bevölkerungskreise und zu weiterer Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten und Gewalttaten führen können. Er forderte ein jährlichen Gedenken der bisher 117 Morde an Ausländern, Obdachlosen und Linken durch Rechtsextreme in der Bundesrepublik Deutschland, damit die Gesellschaft gegenüber den Gewalttaten von Rechts nicht untätig bleibt.

Der niederländische Honorarkonsul Hylke Boerstra rief in seiner Ansprache zu gegenseitiger Toleranz auf und mahnte an, mehr Zeitzeugengespräche an den Schulen durchzuführen. Der Deutsch-Polnische-Chor Bremen unter Leitung von Rochus Salanczyk sang während der Veranstaltung Friedenslieder. Polnische Schüler aus Bremens Partnerstadt Gdansk legten am Ehrenfeld der Opfer von Krieg und Faschismus Blumen nieder.

Die Redaktion

Nichts als Nationalismus

Freerk Huisken, der seit 1971 an der Bremer Uni als Professor tätig ist, hat ein neues Buch heraus gebracht. Das unter dem Titel "Brandstifter als Feuerwehr: Die Rechtsextremismus-Kampagne" erschienene Werk ist der zweite Teil von "Nichts als Nationalismus".

Es zeigt viel von der Heuchelei der ,Volksparteien' auf. Er glaubt weder an deren ,antifaschistischen' Willen noch den Beteuerungen der Ausländerfreundlichkeit. Hier kann ich ihm größtenteils zustimmen wenn er sagt: *"Würde es den Schröders, Merkels und Becksteins um Hilfe für bedrängte Ausländer gehen, dann müssten sie eben zu allererst ihre eigenen Ausländerpolitik korrigieren, und zwar radikal."* ,Lobend' erwähnt er da Günter Beckstein (CSU), der ohne Umschweife sagt, was viele Politiker fast aller Parteien denken: *"dass weniger Ausländer kommen, die uns ausnützen, sondern mehr, die uns nützen."*
Dass es sich kaum um plötzlich erwachende Menschenfreundlichkeit handelt, sagt Huisken klar. In die gleiche Kerbe schlägt auch Schröder, meint er, wenn der sagt: 'Die Phase des Niederknüppeln ist vorbei, die Asylantenschwemme haben wir im Griff - nun brauchen wir die nützlichen Ausländer.'
Uns ,linken Antifaschisten (z.B.) von der VVN-BdA' hält Huisken vor, wir würfen *"in völliger Verkennung des politischen Zwecks der demokratischen Distanzierung vom Hitler-Regime, regelmäßig zu Ostern den Adenauers, Erhards, Kiesingers usw. 'Unglaubwürdigkeit' vor, weil diese gern auf Altfaschisten, die in Staatsgeschäften bewandert waren, zurückgriffen."* Was meint er damit?

Seine Art zu schreiben ist an manchen Stellen zwar erfrischend bissig, doch an noch mehr Stellen abstoßend hämisch. Er mutmaßt, was schief gelaufen ist. Doch er sieht nicht warum und noch weniger gibt er Wege aus dem Dilemma vor. Das hier fehlende Register ist in diesem Fall nicht so störend.

Es scheint mir, dass Huisken sich vor allem Reden mit der Holzhammertaktik versteift. So hat er in einem Interview im der "Jungen Welt (jW)" im April 1999 auf die Frage geantwortet, was er denn von der getrennten Aktion zum 1. Mai (damals geplanter NPD-Aufmarsch vor Daimler-Chrysler) hält:
"Wenn die Linke die Veranstaltung von zwei Demonstrationen gegen den NPD-Aufmarsch als Spaltung einer eigentlich nötigen Einheitsfront beklagt, muss ihre geistige Verwirrung schon ziemlich fortgeschritten sein. Denn: Wieso will sie gemeinsame Sache mit dem DGB, der SPD, den Grünen, den Kirchen usw. machen, die den Antifaschismus in zynischer Weise instrumentalisieren? Mit Parolen wie "Nie wieder Auschwitz" begründen diese Organisationen ihre Beteiligung am imperialistischen Weltordnungsvorhaben der NATO!"

Allerdings hat er dort auch erkannt: *"Mit dem Kriegseintritt sollte auch dem letzten gutwilligen Demokratiefreund deutlich geworden sein, dass die Nachkriegslüge Nummer Eins, mit der wir groß geworden sind, endgültig widerlegt ist, dass nämlich die Demokratie eine Garantie dafür sei, dass in Deutschland nie wieder Kräfte an die Macht kommen, die das deutsche Volk in einen Krieg schicken. Natürlich ist der Faschismus überall zu kritisieren, wo er auftaucht. Aber doch nicht, um jene Demokratie vor ihm zu retten, die gerade genau das ins Werk setzt, was man als faschistische Gefahr an die Wand malt. (...)"*

Das Buch von Freerk Huisken "Brandstifter als Feuerwehr: Die Rechtsextremismus-Kampagne" hat 176 Seiten und kostet 19,80 DM. Es ist 2001 im VSA-Verlag, Hamburg, erschienen. (ISBN 3-87975-805-0)

Gerold

Gehen Sie auf die Jugend zu

"Vielen Menschen widerfuhr in den Jahren vor 1945 großes Leid. Das waren schreckliche Erlebnisse, deren Dimension ich als 1955 geborener und in friedvoller Geborgenheit aufgewachsener Mensch wohl gar nicht begreifen kann. Das Unheil ging damals von Deutschland aus. (...) Das Deutschland der Gegenwart ist eine gefestigte Demokratie mit einer stabilen Rechtsordnung. (...) Leider ist dieser Zustand nicht garantiert. Die Gefahr dumpfer Gewalt von Schwachköpfen schwelt überall in Europa. (...) Als Beispiele seien erwähnt: Der Krieg auf dem Balkan und die Vorfälle in Pariser Vororten, Belfast, dem Baskenland sowie in England. (...) denn Unversöhnlichkeit und Radikalismus führen stets in die Katastrophe. (...)

Die heutige Gedenkfeier empfinde ich als besonders glaubwürdigen Platz, vor der Wiederholung der Geschichte zu warnen. Noch wichtiger als Denkmäler, Gedenkfeiern und Publikationen ist m. E. aber der Dialog zwischen Alt und Jung. Ergreifend und ermutigend waren für mich die Tage mit Cees Ruyter und Cor Pleit aus Rotterdam. (...) Die Gegenwart der alten Herren machte Geschichte greifbar und glaubwürdig. Und die Kinder erlebten Männer, die trotz des ihnen in Bremen zugefügten Leids, fähig sind, ohne Haß den Blick nach vorn zu richten. Wir müssen dafür sorgen, daß die Jugend die Themen Internierung und Zwangsarbeit als Sinnbild für unendliches Leid versteht. Es muß jedem klar sein, daß die seelischen Folgen von Gewalt irreparabel sind.

Es wäre schlimm, wenn sich die Auseinandersetzung mit Unterdrückung schließlich auf die Frage der materiellen Entschädigung reduziert. Dieses Nachkriegskapitel empfinde ich eher als peinlich. Denn Erstens kam die Idee von Zahlungen viel zu spät. Zweitens war der Prozeß des Geld Sammelns viel zu zäh und es zahlten schließlich viele, die in keinerlei Bezug zu den Vorfällen des Dritten Reiches stehen. Und drittens ist es ärgerlich, daß ein in meinen Augen unverschämt hoher Betrag für Honorare und administrative Zwecke verlorengeht. (...) Darum lassen Sie mich bitte mit dem Aufruf enden: Machen Sie es wie die Herren Ruyter und Pleit. Gehen Sie auf die Jugend zu, sprechen Sie mit ihr, erinnern Sie ohne Haß und Rachegefühl. Dann haben wir die größte Chance, daß Feindbilder verschwinden und sich Geschichte nicht wiederholt."

(aus der Ansprache von **Hylke Boerstra** auf dem Osterholzer Friedhof)

Leserbrief zum Streit um die Sozialhilfe

Vor Jahren setzte die lange Debatte um die Einschränkung des Asylrechts in Deutschland eine Welle von Gewalt gegen Ausländer in Gang, die bis heute nicht verebbt ist. Die von Roland Koch (CDU) begonnene Diskussion um die Verwehrung der Sozialhilfe bei angeblich "arbeitsunwilligen" Arbeitslosen, die inzwischen von Rudolf Scharping und Sigmar Gabriel (beide SPD) weitergeführt wird, kann eine Welle des Hasses und des Terrors gegen einen Teil der Bevölkerung auslösen. Eine gesellschaftliche Gruppe wird zum Buhmann der Nation gemacht.

Es gibt bereits eine Reihe von Fällen, in denen Obdachlose von Skinheads mißhandelt und getötet worden sind. Solche Fälle werden zunehmen. Die Forderung hoher Politiker nach Kürzung der Sozialhilfe ist ein Nährboden für die Ausbreitung der rechtsextremen Szene und ihres Terrors. Gegen solches Gerede ist Widerstand geboten.

Hartmut Drewes

Sonntags bis 12 Uhr arbeiten

Frei hatte er nur Sonntag nachmittags, erzählte Henryk Hauffe (78) während seines Besuchs in Bremen. Am Vorabend des Antikriegstages, des Jahrestages zur mahnenden Erinnerung an den Überfall der Wehrmacht auf Polen, war er auf Einladung von VVN-BdA und Marxistischer Abendschule nach Bremen gekommen, um Zeugnis über seine Zeit als Zwangsarbeiter bei Focke-Wulff abzulegen. Radio Bremen gab ihm Gelegenheit, seine Gefühle beim erneuten Besuch der Hansestadt in der Sendung "Daheim in der Fremde" in einem kurzen Studiogespräch darzulegen.



Raimund überreicht Henryk Hauffe die Urkunde zur Ehrenmitgliedschaft

Anschließend vermittelte Henryk Hauffe im Büro unserer Landesvereinigung ein anschauliches Bild darüber, was Zwangsarbeit für einen Polen bedeutete. Mit 16 in Poznan (Posen) von der Polizei festgenommen, musste er bei Brown, Boverie & Co. als Laufbursche arbeiten. An eine Fortsetzung seiner Gymnasialausbildung war nicht zu denken. Für Polen gab es keine Schulbildung unter deutscher Besatzung. Sie sollten höchstens bis zehn zählen und bestenfalls ihre Unterschrift leisten können. Nach zwei Jahren stellte ihn die Arbeitsbehörde in Poznan vor die Wahl, auf der Bloom&Voß-Werft in Hamburg oder bei Focke-Wulff in Bremen zu arbeiten. Deutsch verstand er, sein Vater war im 1. Weltkrieg Kriegsfreiwilliger gewesen (Poznan war damals preußisch). In Huckelriede wurde er mit 600 anderen polnischen Zwangsarbeitern in einem ehemaligen Tanzsaal untergebracht. Um 22 Uhr wurde das Licht ausgemacht, Toiletten waren räumlich nicht von der Unterkunft getrennt. Um 4.30 Uhr war Aufstehen, nach den nächtlichen Bombardierungen war erst einmal der Schutt zu räumen, Spuren von Phosphor- und Splitterbomben, Blindgänger unter Ziegeln. Dann ging's von 12 bis 19 Uhr zur Arbeit, unter Bewachung 7 km zu Fuß längs der Weser.

Nach 18 Monaten im Focke-Wulff-Zweigwerk in Poznan und in Sorau in der Niederlausitz wurde er zurück nach Bremen beordert. Henryk erinnert sich an den großen Hunger, den er fortwährend verspürte. Sonntags nachmittags entfernte er manchmal den Aufnäher P (für Pole) vom Mantel und fuhr mit der Straßenbahn zur Gaststätte "Kaiserpalast", wo er 4 Portionen Heringe mit Salat für 90 Pfennig aß. Für seine Arbeit als Karteiführer im Angestelltenbüro erhielt er etwas Geld. Er erlebte nicht nur Schlechtes in Bremen. Alte Bremer hatten ihm während des Krieges schon mal etwas zu essen zugesteckt, Obst oder Brot. Im April 1945 wurde er befreit, erhielt einen besonderen Ausweis, durfte aber erst im Februar 1946 nach Poznan zurückfahren. Henryk Hauffe setzte seine Gymnasialausbildung fort, studierte Ökonomie und arbeitete im Außenhandel.

Die Zwangsarbeit hatte gesundheitliche Schäden hinterlassen, was zu seiner frühzeitigen Verrentung führte. Eine erste Rate der Entschädigung hat er nun erhalten, mit erheblichen Abschlägen wegen der Devisenverschlechterung. Die Höhe der Mietnebenkosten ist ein Problem, und auch die Medikamente sind recht teuer.

Solange es sein Gesundheitszustand zulässt noch etwas hinzuverdienen, kommen seine Frau und er einigermaßen gut über die Runden. Nach Bremen kommt er ohne Verbitterung zurück.

Raimund

Gedenken an U-Boot-Bunker und Außenlager

Mit Überraschung und Genugtuung entnahm ich Eurer aktuellen Zeitung: Auch Ihr und andere unterstützt ein würdiges Gedenken am 2. Bremer U-Boot-Bunker und beim ex-Lager "Schützenhof"! Nach der Einweihung des Mahnmals "Vernichtung durch Arbeit" am 17. September 1983 in Farge habe ich ja oft genug weitere Gedenk-Stellen eingefordert, eben auch in Gröpelingen.

Zum 50. Jahrestag der Befreiung aus den Lagern 1995 war ich besonders hoffnungsvoll, aber auch damals tat sich nichts: Ein Armutszeugnis Bremer Kulturpolitik und politischer Kultur bei uns. Denn: Guten Willen bezeugten "viele": es gab sogar positive Briefe aus dem Ortsamt West: "Ja, ja ..." und andere von "Kultur vor Ort"; Schweigen vom Referat "Kunst im öffentlichen Raum", na, und sogar schon einmal das ausdrückliche Missfallen der - im wörtlichen Sinne - oberen Herrschaften im 8. Stock auf dem Bunkerdach als Chefetage von Lexzau&Scharbau gegen den Besuch ehemaliger Zwangsarbeiter auf "ihrem" Grundstück. Beim "Schützenhof" war ich erstmals 1981 mit Ludwig Eiber von Neuengamme. Man wusste "von nichts"! Daran haben anscheinend auch die regelmäßigen Besuche der Belgischen Amicale mit Victor Malbeque mit offiziellen Kranzniederlegungen nichts geändert - schade. Und nun ein neuer Schwung? Endlich!!!

Rainer Habel

Offener Brief

"Arbeitskreis Zeitzeugen im Gespräch; Kindheit und Jugend im Nazireich"

Unser Arbeitskreis entstand im Zusammenhang mit der Gründung der Internationalen Friedensschule 1997 im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus in Bremen-Vegesack.

Der Gesprächskreis "Zeitzeugen im Gespräch; Kindheit und Jugend im Nazireich" trifft sich jeden zweiten Donnerstag im Monat, und ist öffentlich. Unsere Aufgabe haben wir uns gemäß der Präambel der Friedensschule gestellt, nach der Vorgabe: Friedensschulen fragen und forschen nach Ursachen von Gewalt und Aggression. Wir versuchen, Wege eines friedlichen Zusammenlebens aufzuzeigen. In ihr sind Orte des Streitgespräche mit dem Interesse an einer Verständigung. Weiterhin steht Einmischen in die öffentliche Diskussion für menschengerechte Politik in der Gesellschaft im Programm der Friedensschule. Schwerpunkt unseres Gesprächskreises "Zeitzeugen im Gespräch; Kindheit und Jugend im Nazireich" ist es, unsere Erlebnisse und Erfahrungen ehrlich und ohne Tabus aufzuarbeiten, um sie den Heranwachsenden mitzuteilen in Schulen und Jugendeinrichtungen, auch über die Grenzen Bremens hinaus. Mehrfach haben wir uns deshalb an Schulen und vor allem an Politiker - Bildungssenator - gewendet. Einzelne Erfahrungen haben ergeben, dass Jugendliche in den Schulen sehr wohl Interesse gezeigt haben, die Lehrpläne der Bremer Schulen aber dafür keinen Raum lassen. Warum? Alle Welt spricht von der zunehmenden Gefahr des Rechtsextremismus, bundesweit wurden Programme aufgelegt, wo sind die Erfolge?

Die Repräsentanten unseres Gemeinwesens agieren nicht, sie reagieren teilweise nur, wie letztens beim Aufmarsch der NPD in Vegesack. Wo waren die Repräsentanten bei der Verleihung des "Friedenspreises Franco Paseli" an den Künstler Fritz Stein, der das Mahnmal "Vernichtung durch Arbeit" am U-Boot-Bunker "Valentin" geschaffen hat? Der Friedenspreis soll an die Massaker in Marzabotto/Italien mahnen, die von den Nazis an der Bevölkerung begangen wurden. Wo sich kein Politiker sehen lässt, fehlt es auch am Interesse in der Bevölkerung.

Die Jugend hat Interesse an der Verarbeitung der Vergangenheit im Nazireich. In sehr vielen Fällen ist in den Familien nicht darüber gesprochen worden. Wer sonst als die Zeitzeugen können aus dem eigenen Erleben über diese Zeit berichten, man muss ihnen nur die Gelegenheit dazu geben. Auf Grund einer Initiative unserer Gruppe, im Benehmen mit dem Bildungssenator, hat sich etwas bewegt, reicht aber nicht aus. Auch diese Zeugen werden bald nicht mehr zur Verfügung stehen, die Historiker sehen nur die Fakten, nicht was hinter den einzelnen Schicksalen verborgen ist.

i.A. des Arbeitskreises **Alois Engel**

Ein Tag im August

Am 13. August 2001 waren sie wieder da, die kalten Krieger der CDU/CSU, als sie ihre Wahlkampfshow in Berlin inszenierten. Doch nicht allein die "Roten" (aus Sicht der Union die Mitglieder von PDS und SPD sowie deren Wählerinnen und Wähler) sind die Opfer dieser martialischen Abrechnung. Leidtragende sind auch die Angehörigen der Maueropfer, soweit diese Angehörigen nicht in die Unionskampagne mit einstimmten.

Jedes wirkliche Gedenken an die Opfer des Grenzregimes der DDR wurde von den rüden Attacken der Union und der organisierten Antikommunisten aus dem öffentlichen Bewusstsein gedrängt. Diejenigen, die bei dem Versuch die DDR in Richtung Westen zu verlassen getötet wurden, nicht die Berliner Wahlkämpfer, sollten im Mittelpunkt des Gedenkens am 13. August stehen. Die Flucht mag aus dem real-existierenden Sozialismus nicht legal und die DDR auch völkerrechtlich berechtigt gewesen sein ihre Grenze dichtzumachen.

Der Exodus der ökonomisch und politisch unzufriedenen DDR-Bevölkerung wurde zwar, mehr schlecht als recht, verhindert, doch die Gründe für die Unzufriedenheit verschwanden dadurch noch lange nicht. Letztendlich verbirgt sich hinter dem DDR-Grenzregime dieselbe Logik, welche die "neue" BRD veranlasste ihre Ostgrenzen quasi militärisch, zu sichern. Auch hier verschwinden dadurch weder die Flüchtlinge noch ihre Fluchtgründe. Dass der BGS hierbei auf Minen, Selbstschussanlagen und Schießbefehl verzichtet, ist lobenswert, allerdings einer auch in diesem Staat nicht überall durchgesetzten Weisheit geschuldet, wonach man mit Kanonen weder auf Spatzen, noch auf unbewaffnete illegale Flüchtlinge schießen darf, egal ob sie in oder aus dem Staat fliehen. Wer gegen diese Weisheit verstößt handelt kriminell, unabhängig davon, ob RichterInnen oder StaatsanwältInnen aus Staatsräson mehr auf Seiten des Schützen oder des Opfers stehen.

Eine Union, die ausreichend Rechtsbrecher in ihren Reihen hat (Kohl, Koch, Kiep etc.), die sich niemals entschuldigt haben, und deren Berliner Spitzenkandidat (Frank Steffel) rassistische und antisemitische Hetze in Jugendjahren für so völlig normal hält, dass dies allein ihm schon Entschuldigung genug ist, sollte einer Partei, deren derzeitige Führung mit dem DDR-Grenzregime nichts zu tun hat, nicht vorschreiben für was sie sich zu entschuldigen habe. Den Opfern des DDR-Grenzregimes bzw. ihren Angehörigen hilft die CDU-Kampagne jedenfalls wenig, im Gegenteil sie verhindert eine Auseinandersetzung mit den wirklich Schuldigen und ihren Anhängern.

Ulrich St.

Abspecken ist die Parole

Der CDU-Abgeordnete Breuer ist ein treuer Knappe der Bundeswehr. Da unsere Jungs "dramatisch unterfinanziert seien", fordert er eine sofortige Anschubfinanzierung von mindestens zwei Milliarden und für fünf Jahre lang zusätzliche sechs Prozent. Die Antwort des SPD-Minister Scharpeng: In den letzten drei Jahren seien die Investitionen in die Bundeswehr um 30 Prozent auf 7,4 MRD Mark gestiegen! Ich meine, auf eine derartige Aufrüstungspolitik kann die grünrote Bundesregierung durchaus nicht stolz sein, bedeutet sie doch die Produktion von Geräten zum Taten und Verschleudern von Steuergeldern. Für uns vom Bremer Friedensforum war und ist die Bundeswehr immer funktionsfähig gewesen. Wir halten sie im Gegensatz zu Herrn Breuer auch nicht für unterfinanziert, im Gegenteil sie ist überfinanziert. Wir Bremer denken z.B. an die Rüstungsschmieden in unserer Stadt Lürssen, STN Atlas Elektronik, EADS-DASA u.a. steigern Umsatz und Rendite mit dem Bau von Eurofightern, Militärairbussen, Korvetten, Hubschraubern und Panzerelektronik. Und schaffen dennoch nur wenig zusätzliche Arbeitsplätze. Für Bildung, Kultur, Soziales ausgegeben, brächten unsere Steuern viel mehr neue Arbeitsplätze!

Eva Böller

"Im Leben gibt es keine Zuschauer"

" ... In den Nächten des 07., 08. und 09. September 1943 wurden in der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee 360 Menschenleben durch Erhängen ausgelöscht. (...) Diese Massenliquidierungen (...) kamen nicht wie ein unvorhersehbares und unaufhaltsames Schicksal (...). Ich will hier (...) nur eine Beobachtung nennen, die der 1933 nach England emigrierte Journalist Sebastian Haffner Anfang 1939 gemacht hat: (...) 'daß in Deutschland in den Jahren 1934 bis 1938 so viele Kindheitserinnerungen, Familienromane, Landschaftsbücher, so viel Naturlyrik, so viele zärtliche Sächelchen und Spielereien geschrieben worden sind wie nie vorher.' (...) Haben sich bei uns in den letzten zehn Jahren nicht ähnliche Erscheinungen gehäuft, wie man mit "Rückzug ins Privatleben" charakterisieren könnte? Es wurde im technischen und im Medienbereich viel getan, um Menschen von der politischen Auseinandersetzung und erst recht vom politischen Handeln abzuhalten. (...) Indes verstärkten und verstärken sich in gleichem Maße rechte Tendenzen auf politischer Ebene.

Eine erste Tendenz zeigt sich zur Zeit besonders in Deutschland: eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft. Bundeswehr und öffentliche Einrichtungen (z. B. Krankenhäuser), Bundeswehr und Wirtschaftsunternehmen werden vertragemäßig miteinander verzahnt. (...) Die Menschen werden daran gewöhnt, dass Militärs das Leben wesentlich mitbestimmen, politisch. (...) Bundeswehrsoldaten erscheinen fast täglich im Fernsehen und auf Zeitungsfotos (...). Die Menschen sollen auf zukünftige Kriegseinsätze der Bundeswehr eingestimmt werden. Mazedonien ist nur eine kleine Vorübung.

Eine zweite Tendenz zeigt sich, Feindbilder zu schaffen bzw. zu pflegen. (...) diese kleine Gruppe von angeblich "arbeitsunwilligen" Sozialhilfeempfängern wird mit Hilfe von Roland Koch, Rudolf Scharping und Sigmar Gabriel zu einem bundesoffiziellen Feind hochstilisiert, und nicht nur sie, sondern damit alle Sozialhilfeempfänger und alle Arbeitslosen. Man will damit suggerieren: Diese Menschen sind "asozial", haben selbst Schuld und fallen der Allgemeinheit zur Last. Es ist ein Feindbild aus der Tradition des Faschismus, der diese Menschen "arbeitsscheues Gesindel" nannte. Solche Feindbilder werden gebraucht, um eine Politik, die sich gegen die Allgemeinheit richtet, durchzusetzen, eine Politik der Entdemokratisierung, der Militarisierung und der Ausbeutung. Vorletztes Jahr hatte die Schröder-Regierung gegen die Regierungsbeteiligung der Haider-Partei FPÖ in Österreich Front gemacht, und das mit Erfolg. In diesem Jahr hat sie bei der Veränderung in Italien (...) geschwiegen, so, als wäre nichts geschehen. (...) Mit dieser Zurückhaltung werden in Europa allgemein die Weichen dafür gestellt, dass Regierungsbildungen mit Faschisten möglich sind. In Folge davon bahnt sich ja bereits auf Landesebene in Hamburg solch ein Bündnis mit dem rechtspopulistischen Ronald Schill an. In Folge davon dürfen in Wunsiedel seit 10 Jahren zum ersten Mal wieder 800 Neonazis mit gerichtlicher Genehmigung zum Geburtstag von Heß demonstrieren. In Folge davon nimmt bei uns die rechtsextreme Gewalt zu. Das hat alles einen Zusammenhang. Mindestens 117 Personen sind in den zehn Jahren nach der Wende von Rechtsextremisten in Deutschland umgebracht worden, Ausländer, Obdachlose, Linke. Behörden und Gerichte versuchen, möglichst viele dieser Fälle als "unpolitisch" einzustufen. (...) Man schaut weg. Man schweigt.

Es wäre nötig einen Tag im Jahr zu schaffen, an dem der Opfer rechtsextremer Gewalt in unserem Lande bundesweit gedacht wird. Es könnte ein "Geschwister Scholl-Tag am 27. Februar sein oder ein Solingen-Tag am 28. Mai. Wir brauchen solch einen Tag, um den Ernst der Rechtsentwicklung zu sehen und ihm zu begegnen. (...) Wer gegenüber den verstärkten Rechtstendenzen, der zunehmenden Militarisierung, der größer werdenden Verarmung breiter Bevölkerungskreise tatenlos bleibt, ist höchst aktiv beteiligt an einem Weg in Richtung Krieg und Elend. Das wollte Fucik sagen, als er, seiner Hinrichtung entgegensehend, schrieb: "Im Leben gibt es keine Zuschauer." Deswegen hat auch dieses Gedenken jedes Jahr seinen Sinn. Wir sind es nicht nur gegenüber den Opfern schuldig, sondern auch gegenüber unseren Enkeln. Deswegen haben 24 Bundestagsabgeordnete aus der Regierungskoalition gegen die Entsendung der Bundeswehr nach Mazedonien gestimmt. (...)

Wir danken diesen Abgeordneten wie denen der PDS für ihre Entschiedenheit. Von solchen Menschen brauchen wir mehr."

(aus der Ansprache von **Hartmut Drewes** auf dem Osterholzer Friedhof)



Der Deutsch-Polnische-Chor Bremen unter Leitung von Rochus Salanczyk

Männer und Frauen des Widerstandes, Verfolgte und Opfer des NS-Regimes gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sie sich für jüngere Mitglieder als VVN-Bund der Antifaschisten. Sie hat sich als überparteiliche Bewegung zum Ziel gesetzt, eine neue "Welt des Friedens und der Freiheit" zu erringen.

o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

o Einwanderer und Flüchtlinge
o Neofaschismus
o Frieden/Antimilitarismus
o Geschichtsforschung
o Erinnerungsarbeit

Name ____________

Vorname ____________

Straße ____________

PLZ, Ort ____________

Geb.-Datum ____________

Bremen, den ____________

Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Eine Briefmarke für Georg Elser

Der Schreinergeselle Johann Georg Elser zeigte mit seinem Attentatsversuch gegen Hitler am 8. November 1939 im Münchener Bürgerbräukeller, dass Widerstand gegen das NS-Regime möglich war. Um 13 Minuten verfehlte er sein Ziel. Widererwarten hatte Hitler die jährliche NS-Traditionsfeier zum Jahrestag des Putsches von 1923 schon früher verlassen. Zur gleichen Zeit befand sich Elser bereits auf der Polizeiwache in Konstanz. Er war wenige Meter vor der Schweizer Grenze aufgegriffen worden. Unter Schlägen und Folter wurde er in München und im Reichssicherheitshauptamt in Berlin verhört. Als "Sonderhäftling des Führers" musste er fünf Jahre Einzelhaft im KZ Sachsenhausen ertragen, bevor er wie Dietrich Bonhoeffer und Admiral Canaris auf Weisung von höchster Stelle am 09. April 1945 im KZ Dachau ermordet wurde. Die "Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung" und die "Gedenkstätte Deutscher Widerstand" möchten, dass zu seinem 100. Geburtstag am 04. Januar 2003 mit der Herausgabe einer Briefmarke öffentlich seiner gedacht wird. Sendet bis zum 30. Oktober 2001 viele Briefe oder Postkarten **an den Bundesminister der Finanzen/Beirat zur Auswahl der Themen für die Ausgabe von Sonderpostwertzeichen der Bundesrepublik Deutschland, Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin.** Weitere Informationen bietet eine Veranstaltung der Georg-Elser-Initiative **am Freitag, 05. Oktober um 20:00 Uhr** im Kulturhaus Pusdorf, Woltmershauser Straße 444 - Postkarten sind im Landesbüro erhältlich.

Raimund Gaebelein

Nachruf

Wenige Tage nach ihrem 91. Geburtstag verstarb unsere Kameradin Anita Böhme am 13. September nach kurzer Krankheit.

In einer kommunistischen Familie aufgewachsen, war sie über viele Jahre aktive Sängerin im Hermann-Böse-Chor. Sie war der Arbeiterbewegung und dem Arbeitergesang Zeit ihres Lebens eng verbunden.

Sie war auch anderweitig künstlerisch begabt, so verfasste sie Gedichte, die sie auf verschiedensten Veranstaltungen vorgetragen hat. Unter anderem würdigte sie verstorbene Kameradinnen und Kameraden durch ihre Verse.

Der Landesvorstand

Fazit: Unerwünscht

Die 20 Gegenstimmen zuzüglich der sieben Enthaltungen bei der Wahl zum neuen Innen-, Kultur und Sportsenator zeigen, dass "Kuno, der Böse" nicht einmal im "eigenen" Lager sonderlich erwünscht ist. Außer der viel zu kleinen Opposition (elf Abgeordnete) stimmten auch 16 Mitglieder von CDU und SPD gegen Böse. *"Jemand, der Profil hat, wird nie alle Stimmen auf sich vereinigen können"*, schwadroniert Dr. Kuno B. selbstbewusst'. Das Fazit der Grünen-Fraktions-chefin Caroline Linnert trifft des Pudels Kern eher: *"Die Opposition in Bremen wird immer größer"*.

Dass der ‚Spreewaldimport' auch die kuriosesten Ideen verfolgt, beweißt die geplante ‚Knöllchen-Quote'. Mit ihr soll das "Dienstleistungszentrum Mitte" in der Pelzer Straße finanziert werden. Auf böse Anordnungen hin, müssen die Polizisten Geld ranschaffen.

Ich möchte das Szenario einmal durchspielen: Die Höchstgeschwindigkeit wird einfach mal so böser ausgelegt: Sie fahren um 0:00 Uhr statt den vorgeschriebenen 50 ganze 55 km/h, urplötzlich springen vier Verkehrspolizisten (mit bösen Absichten) hinter großen, dicken, bösen Bäumen hervor, um sie zu blitzen. Gute Nacht, Bremen.

Das Bürger-Zentrum in der Innenstadt soll zehn Stunden am Tag und Samstags geöffnet haben. Klingt für die Besucher erst einmal gut. Nur sollten die Bediensteten vorher gefragt werden. Es will dort keiner arbeiten, sind es doch keine festen Stellen. Kuno B. hat sich vielleicht gefragt, ‚warum sich mit demokratischen Gepflogenheiten aufhalten.' Der Personalrat des Stadtamtes hatte schon zum Amtsantritt von Ritter Kuno "die Faxen dicke". Über das gesamte Abenteuer sei vorher noch überhaupt nicht mit ihnen gesprochen worden. Auch innerhalb der Polizei hat sich der Abschieber sehr schnell unbeliebt gemacht. Dem von ihn geschassten Präsidenten, Rolf Lüken, haben die Polizisten einen würdigen Abschied bereitet. Es gab einen Konvoi vom Polizeipräsidium in Richtung Rathaus, wo die Beamten Spalier standen und den Triumphmarsch spielten.

Auf die Situation im Viertel angesprochen, sagt Dr. K. B.: *"Die Zustände dort können so nicht bleiben: Müll, Dreck, Exkremente, Urin und Spritzen liegen auf der Straße. Hier muss speziell gereinigt werden."* Was versteht er unter "spezieller Reinigung"? Mit dem "Eisernen Besen" wird er auf jeden Fall kehren. Weiter sagt er: *"Es geht darum, die Attraktivität vor O. zu erhöhen. Und zwar ohne Dealertreffs und Geldwaschanlagen."* Ich hätte da ein anderes Bundesland für ihn als Aktionsgebiet: Hessen, da gibt es im Hause Koch viel zu ermitteln und wir wären ihn los.

Gerold

"Der Bremer Antifaschist" ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich an dem letzten Montag im Monat von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats.

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im Oktober 2001

Siegfried Stoppelmann	05.10., 88 J.
Raimund Gaebelein	10.10., 54 J.
Helmut Peters	18.10., 78 J.
Ernst Uhl	27.10., 69 J.
Heinrich Hannover	31.10., 76 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand